

sponsored by



Deutsche
Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de



Abschlussbericht

WAS WAR, WAS IST, WAS WIRD Fachtagung Ökologie 1992 - 2022 - 2052

Aktenzeichen: 38094/01

Deutsche Umweltstiftung

Michael Golze

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Berlin, 01. Februar 2023

Kurzfassung des Berichtes

Rund 1.000 Autor*innen aus Wissenschaft und Praxis haben bis heute die Umweltdebatte im Rahmen des **JAHRBUCH ÖKOLOGIE** mitgestaltet. Auch deswegen ist die Publikation zu einer zentralen Instanz der Umweltdebatte geworden. 2022 wurde das Standardwerk 30 Jahre alt.

Anlässlich des Jubiläums organisierte die Deutsche Umweltstiftung gemeinsam mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt am **5. September 2022** die **Fachtagung Ökologie 1992-2022-2052** in die Räumlichkeiten des Bundesumweltministeriums (BMUV) in Berlin.

Mit der Fachtagung im BMUV konnte die Publikation „JAHRBUCH ÖKOLIGIE“ angemessen gewürdigt werden. Die Teilnehmenden freuten sich über ein hochkarätiges Programm – mit Beiträgen der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann, des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Umweltstiftung Jörg Sommer, des Generalsekretärs der Deutschen Bundesstiftung Umwelt Alexander Bonde, dem Waldexperten Prof. Dr. Pierre Ibisch und vielen mehr. Angeleitet von Stipendiat*innen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt diskutierten die Gäste in Kleingruppen ökologische Entwicklungen und Herausforderungen und erarbeiteten Ihre Vision einer nachhaltigen Zukunft.

Die Fachtagung war ein gelungener Austausch zwischen diversen umweltpolitischen Stakeholdern aus alle Gesellschaftsbereichen. Sie brachte wertvolle Einblicke in den Status quo und die perspektivischen Entwicklungspotentiale von Umweltpolitik und Naturschutz in naher Zukunft.



Einführung und Motivation

Grundlage eines erfolgreichen sozial-ökologischen Transformationsprozesses unserer Gesellschaft stellt eine fundierte Wissensbasis dar. Mehr denn je gilt dies in Zeiten, in denen uns als Gesellschaft die neuen technischen Möglichkeiten vor neue Herausforderungen stellen. Phänomene wie Postfaktizität, Filterblasen und Echokammern sind spätestens seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie nicht mehr nur akademische Nischenthemen. Austausch und Transfer von Ergebnissen unabhängiger wissenschaftlicher Arbeit ist vor diesem Hintergrund von zentraler Bedeutung. Dies betrifft sowohl die Kommunikation innerhalb und zwischen den akademischen Professionen als auch den breitenwirksamen Ergebnistransfer in politische Entscheidungsstrukturen und die Gesellschaft allgemein.

Gegenwärtig mangelt es jedoch sowohl am interdisziplinären Austausch zu ökologischen Fragestellungen als auch an einer Plattform für die öffentlichkeitswirksame Integration und Aufbereitung der vielfältigen Arbeitsthemen sowie einer verständlichen Darstellung der komplexen Zusammenhänge und inhaltlichen Verschränkungen.

Vor diesem Hintergrund stellt das JAHRBUCH ÖKOLOGIE eine wichtige Ausnahme und einen Eckpfeiler dar. Es vereint seit Jahrzehnten die Aufarbeitung von Fachwissen mit akademischem und zivilgesellschaftlichem Austausch. Dabei geht es häufig um komplexe und polarisierende Fragestellungen wie bspw. individuelle Mobilitätsstrukturen und -bedürfnisse oder die Energiewende. Damit trägt es zur Stärkung von fachlichen Debatten und zur Vermittlung von Erkenntnissen bei. Dies stärkt das gesellschaftliche Bewusstsein für das Thema und lädt zum sachlichen Austausch ein.

2022 existiert das JAHRBUCH ÖKOLOGIE 30 Jahre. Rund 1.000 Autor*innen aus Wissenschaft und Praxis haben in diesen drei Jahrzehnten dazu beigetragen, die Entwicklungen in der Umweltdebatte voranzubringen, zu dokumentieren und das gesellschaftliche Bewusstsein für das Thema zu schärfen.

Mit der Fachtagung Ökologie wurde auf 30 Jahre zum Teil stürmischer Entwicklung zurückgeblickt, eine (Zwischen-)Bilanz gezogen und gemeinsam einen Ausblick darauf entwickelt, wo wir in 30 Jahren stehen könnten. Dazu luden die Deutsche Umweltstiftung gemeinsam mit der Deutschen Bundestiftung Umwelt zur Veranstaltung ein. Es wurden Akteure der Gegenwart und Zukunft zusammengebracht und eine gemeinsame Plattform zum Austausch geschaffen. Dazu gehören u. a. die Autor*innen des JAHRBUCH ÖKOLOGIE, aktuelle aktive (insb. junge) Wissenschaftler*innen, Politiker*innen, Medienvertreter*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Engagierte.

Projektergebnisse

Am 5. September 2022 feierten über 100 Gäste aus der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft das 30-jährige Jubiläum des JAHRBUCH ÖKOLOGIE in den Räumlichkeiten des Bundesumweltministeriums. Hinzu kamen 100 Personen, die die Veranstaltung über einen Live-Stream mitverfolgten.

Die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Umweltstiftung Jörg Sommer eröffneten die Tagung mit einer Bestandsaufnahme der Umweltbewegung und einem Blick auf die Historie des JAHRBUCH ÖKOLOGIE. Frau Dr. Hoffmann sprach u. a. die Wasserknappheit und scheidende Biodiversität als brennende Themen an. Das Bundesumweltministerium wird eine Wasserstrategie und ein Artenschutzprogramm vorlegen. Jörg Sommer stellte die erste Zusammenarbeit der Deutschen Umweltstiftung und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt heraus und zeigte auf, wie viel Motivation und Struktur in Deutschland eigentlich bereits vorhanden sind, um der Klimakrise entgegenzutreten. Voran geht es trotzdem nur langsam.

Unter der Moderation von Christiane Grefe (ZEIT) sprachen die Panelteilnehmer*innen Dr. Bettina Hoffmann (Parlamentarische Staatssekretärin beim BMUV), Alexander Bonde (Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt) und der Waldexperte Prof. Dr. Pierre L. Ibisch über 30 Jahre Umweltbewegung – von 1992 bis heute. Sie diskutierten, ob sie mit oder ohne Zorn zurückblicken und erörterten, an welcher Stelle falsche und richtige Entscheidungen getroffen worden sind.

Im Anschluss an die Plenumsphase tauschten sich die Teilnehmenden in Kleingruppen aus. Biodiversität, Digitalisierung, Energie, Geoengineering und Gentechnik, Klima, Ökonomie und Mobilität hießen die Themen, zu denen lebhaft diskutiert wurde. In zwei aufeinanderfolgenden Sessions wurden zunächst Vergangenheit und Status quo beleuchtet und anschließend mögliche Zukunftsszenarien entworfen.

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der Thementische vorgestellt. Sie wurden im Nachgang mit der Moderation in einem mehrstufigen Prozess bearbeitet, abgestimmt und veröffentlicht.

Biodiversität – Vielfalt als Grundlage des Lebens?

Zusammenfassung der Ergebnisse: Patrick Kohl

An dem Thementisch Biodiversität haben die Teilnehmer*innen – angeleitet vom DBU-Stipendiaten Patrick Kohl – die bisherigen Fortschritte sowie die weiteren Bedingungen für den Schutz einer ausgeprägten biologische Vielfalt und der damit zusammenhängenden lebenswichtigen Ökosystemleistungen diskutiert. Mit dem Blick in die Vergangenheit wurden gesellschaftliche und politische Hemmschwellen identifiziert und zukünftige Gegenmaßnahmen entworfen. Als großer Erfolg der letzten 30 Jahre wurden die Entwicklungen in der Biodiversitätsforschung gewürdigt. Obwohl gerade zur Erfassung des

Status quo globaler Biodiversität in Zukunft noch weit mehr Forschungsmittel benötigt werden, liegen heute robuste Daten vor, welche den andauernden Verlust der Arten, der genetischen Vielfalt und der Ökosysteme dokumentieren. Die Erforschung der Zusammenhänge zwischen Biodiversität und Ökosystemleistungen liefert klare Argumente für den Schutz intakter Ökosysteme und angewandte Biodiversitätsforschung (Beispiel: Blühflächenmanagement in Agrarlandschaften) und entwickelt Handlungsmaßnahmen für den praktischen Naturschutz. Schließlich liegen durch Initiativen wie TEEB („The Economics of Ecosystems & Biodiversity“) auch konkrete Schätzungen des monetären Werts bestimmter Ökosystemleistungen vor, sodass die Kosten des Biodiversitätsverlusts in Ansätzen beziffert werden können.

Doch obwohl die Erkenntnisse aus der Forschung zu einer formalen Anerkennung der Biodiversitätskrise in der Politik führten (Beispiel: Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt) und trotz des wachsenden Bewusstseins in der Bevölkerung, mangelt es bisher an der Umsetzung von Gegenmaßnahmen.

Als wichtige Ursache für die mäßigen Erfolge im praktischen Biodiversitätsschutz wurden die mediale Konkurrenz anderer gesellschaftlicher Krisen(themen) sowie die oft gegenläufigen Ziele kurzfristiger Wirtschaftsinteressen identifiziert. So ist es bisher nicht gelungen, die Bedrohung unserer Ökosysteme als Thema im Mittelpunkt der Gesellschaft zu platzieren (Stichwort „Mainstreaming“). Auch findet noch kein „True cost accounting“ bei wirtschaftlichen Entscheidungen statt und die gesamtgesellschaftlichen Kosten des Verlustes von Biodiversität bleiben bei politischen und juristischen Entscheidungen noch zu oft unberücksichtigt.

Entgegen dem vorherrschenden sechsten Massensterben wurden drei wichtige zukünftige Gegenmaßnahmen gefordert. Erstens sollen kurzfristig, da ohne weiteres in das bestehende Wirtschaftssystem integrierbar, bei sämtlichen geplanten Projekten die Kosten für den etwaigen Ausfall bestehender Ökosystemdienstleistungen berücksichtigt werden. Kreditinstitute sollen der Finanzierung von Projekten nur zustimmen, wenn dadurch keine Schäden an der Biodiversität entstehen bzw. ein angemessener Ausgleich eingeplant ist. So könnte der fortschreitende Flächenverbrauch durch Infrastrukturmaßnahmen, Versiegelung für Baugrund und Intensivierung der Landwirtschaft aufgehalten werden. Nötig dafür sind praktische Systeme zur Bepreisung von Ökosystemen und deren Leistungen. Es wurde jedoch auch Kritik an dem Versuch der Ökonomisierung der Natur geübt. So können wir den vollen „Preis“ von Ökosystemen niemals genau ermitteln, da wir bestimmte Folgen des Ökosystemversagens nicht vorhersagen können und „tipping points“ nicht kennen.

Außerdem hat biologische Vielfalt auch einen intrinsischen Wert (\neq Preis), der nicht zu beziffern ist. Langfristig reicht die Bepreisung von Ökosystemleistungen daher vermutlich nicht aus, und es braucht einen Systemwechsel auf Grundlage der Erkenntnis der Planetaren Grenzen. Zweitens forderten die Diskutant*innen von der Politik einerseits (rückblickend auf die mangelhaft umgesetzten Ziele der 1992 verabschiedeten Biodiversitätskonvention)

eine schnellere Umsetzung bereits beschlossener Schutzmaßnahmen. Dafür ist eine weitere Erhöhung des Etats für den Naturschutz nötig, denn obwohl die kürzlich beschlossenen vier Milliarden Euro für „Maßnahmen des Natürlichen Klima- und Artenschutzes“ einen Fortschritt darstellen, ist Biodiversitätsschutz verglichen mit viel höheren Ausgaben für beispielsweise umweltschädliche Subventionen immer noch unterfinanziert.

Andererseits wird eine politische Weiterentwicklung des Ordnungsrechtes zum Schutz von Biodiversität und eine bessere Verankerung des Biodiversitätsschutzes im Grundgesetz angestrebt. Drittens sollte durch Förderung der Umweltbildung zukünftig ein höherer Anteil an Naturschützer*innen generiert werden. Das Wissen über den Nutzen des Erhaltens der Biodiversität müsse gesellschaftlich verbreitet und der Wert der Natur langfristig ideell verankert werden.



Digitalisierung: Die Ökologie der digitalen Gesellschaft?

Zusammenfassung der Ergebnisse: Lukas Törner

Basierend auf der Veröffentlichung „ICT for Sustainability“ diskutierten zehn Teilnehmende – unter der Moderation vom DBU-Stipendiaten Lukas Törner – die Frage: ‚IT als Teil des Problems‘ oder ‚IT als Teil der Lösung‘. Die zentrale war Frage nicht ob, sondern welche Digitalisierung es braucht. Eine moderne Strategie bedinge eine (neue) Vision, die zu lebensfördernden Verhältnissen beitragen kann.

Folgende Welt könnte die Strategie „Digitalisierung“ innerhalb weniger Jahre aus der Utopie in die Umsetzung holen:

- eine dekarbonisierte, kreislaufwirtschaftende Weltgesellschaft – mit intensiver Landwirtschaft,
- die Artenvielfalt fördert und die wachsende Welt ernährt,

- voller leapfrogger Länder, mit entkoppelter Wertschöpfung und Gesundheitsversorgung für alle.

Zunächst wurde über ‚IT als Teil des Problems‘ reflektiert. IT wurden hinsichtlich Produktion (Seltene Erden) und Nutzung (privat wuchernder Energieverbrauch) diskutiert, Fragen hinsichtlich der Entsorgung – z. B. Kreislauffähigkeit blieben außen vor. Überhaupt fühlte sich niemand berufen, zu digital induziertem Mehrkonsum, Obsoleszenz oder Rebound zu sprechen. Auf neue Risiken – sozial-media gefährdete Demokratie, Vereinsamung statt ‚high tech, high touch‘ und den Digital Divide – kam die Debatte hingegen mehrfach zurück.

Noch lieber sprach die Gruppe über ‚IT als Teil der Lösung‘ der letzten Jahrzehnte: den Wegfall von Mobilität qua Homoffice, die Möglichkeit zu Transparenz, die vielen neuen, effizienteren – weil digitalen – Produktionsverfahren. Die Teilnehmenden diskutierten strukturelle Veränderungen hinsichtlich digitaler Wertschöpfung, co-creation und besonders die veränderte Möglichkeit zur Partizipation.

So eingesetzt, könnte Digitalisierung enorme Gestaltungsräume in den verschiedensten Feldern öffnen. Stichworte der Diskussion waren: Regionalisierung, Dezentralisierung, Resilienz, zelluläre und zirkuläre Prozesse. Immer wieder hieß es: Es geht nicht ohne eine Beteiligung breiterer Bevölkerungskreise an der Entwicklung durch dialogische Prozesse. Klar sei auch: Es werden nicht alle mitmachen, aber zurücklassen dürfe man keinen. Dafür brauche es Eigenständigkeit: Bspw. GaiaX, ein gemeinnütziges Starlink. „Neue Dezentralität“ nicht Hyperkonzentration sei das technische Gebot der Stunde. Dissens in der Gruppe bestand in der Frage des Tempos: „Bedenken First“ oder „Bedenken Second“.



Energie – Auf der Suche nach dem Perpetuum mobile?

Zusammenfassung der Ergebnisse: Leonard Missbach

DBU-Stipendiat Leonard Missbach moderierte den Thementisch „Energie“. Für die Gruppe ist die Lösung der Energiefrage nicht in Sicht. Viel mehr ginge es darum, die Nachhaltigkeitskonkurrenzen zwischen den Energiequellen zu verringern. Jede Art der Energiegewinnung, egal ob „gelb“, „grün“ oder „braun“ erzeugt Treibhausgase, umweltschädliche Substanzen und befördert den Flächenverbrauch sowie die Ressourcenknappheit. Zwar könne man sich nicht frei für eine Quelle der Energiegewinnung entscheiden, aber wünschenswerte Pfadabhängigkeiten kreieren (z. B. Produktivität, kulturell Ideale, (technischer) Fortschritt). Das beleuchtete die Gruppe aus der Retroperspektive. Auch politische Instrumente (z. B. das Ordnungsrecht, das Stromspargesetz, Subventionen, Anreizsysteme), beteiligte Akteure und deren Ansprüche (z. B. Landeigentümer*innen und Industrie, Gewerkschaften, politische Macht, Daseinsvorsorge) sowie die jeweilige Residenz (z. B. Versorgungssicherheit, Regionalität, Infrastruktur, Geopolitik) wurden dahingehend diskutiert.

Unter dem Programmpunkt „Zukunftslabore“ wurden anschließend nicht nur normative Zielvorstellungen (z. B. die Elektrifizierung, die Effizienz durch Reduktion und der Aspekt der verringerten Nachhaltigkeitskonkurrenzen) identifiziert, sondern auch politische Maßnahmen aufgestellt. Politische Entscheidungen sollen nicht nur transparent kommuniziert und dadurch mit den aktEURSSPEZIFISCHEN Wertvorstellungen vereinbar sein, sondern auch auf lokale Gegebenheiten angepasst sein, indem der Anwendungsbezug beibehalten und einbezogen wird. Es gilt, die jeweils prägenden Akteure des Energiesystems einzubeziehen und sinngemäß zu adressieren.



Mobilität – Verkehrswende mit angezogener Handbremse?

Zusammenfassung der Ergebnisse: Christoph Steinacker

An dem Thementisch Mobilität haben Teilnehmer*innen, angeleitet vom DBU-Stipendiaten Christoph Steinacker, die Frage „Verkehrswende mit angezogener Handbremse?“ diskutiert.

Es stellte sich für die Teilnehmenden sehr schnell heraus, dass wir die Verkehrswende nicht nur mit angezogener Handbremse vollziehen, sondern auch noch ein falsches Navi verwenden. Die Handbremse zu ziehen, sei einfach. Ein falsches Navi zu verwenden, sei jedoch weitaus problematischer: „Aktuell planen wir eine autozentrierte Gesellschaft zu bleiben und nur Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren zu ersetzen“. Dies sei jedoch weder für den Klimaschutz noch für eine gerechtere Gesellschaft zielführend. Benötigt wird ein kompletter konzeptioneller Wandel.

Dafür müsste es politisch und gesellschaftlich akzeptiert werden, dass Mobilität innerhalb planetarer Grenzen verortet sein muss, um Lebensgrundlagen langfristig verfügbar zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es u. a. zwei wichtige Pfeiler: Einmal muss Infrastruktur geschaffen werden, um Mobilität möglichst zu vermeiden, das kann beispielsweise durch Konzepte wie die 15-Minuten-Stadt in Paris oder die Wiederbelebung von Dorfkernen im ländlichen Raum erreicht werden. Zum anderen müsse die Mobilität, die nicht vermeidbar ist, so gestaltet werden, dass die ökologische und effizienteste Form auch gleichzeitig die einfachste, ansprechendste und logische Wahl für die Menschen ist. Zum Beispiel Stärkung des Fuß- und Radverkehrs in Städten oder der Ausbau des ÖPNVs auch im ländlichen Raum.



Gerechtigkeit – Ist Umweltschutz ein Privileg?

Zusammenfassung der Ergebnisse: Theresa Sieverding

An dem Thementisch „Gerechtigkeit“, moderiert durch DBU-Stipendiatin Theresa Sieverding, widmeten sich Teilnehmer*innen innerhalb einer „Zukunftswerkstatt“ der Frage „Ist Umweltschutz ein Privileg?“. Mit sofortigem Bejahen der Diskussionsfrage rückte das Thema „Gerechtigkeit im Umweltschutz“ in den Fokus.

In einem kurzen Input wurden verschiedene Formen von Gerechtigkeit vorgestellt, die in Bezug auf Umwelt-, Natur- und Klimaschutz relevant sind (Distributive und Prozedurale Gerechtigkeit sowie Umweltgerechtigkeit). Zudem wurden verschiedene Dimensionen aufgezeigt, auf denen man Gerechtigkeitsfragen im Umweltschutz diskutieren kann (bspw. temporale und räumliche Dimensionen). In der ersten Phase der Zukunftswerkstatt, der Kritikphase, identifizierten die Diskutant*innen Problembereiche. Große Missstände wurden vor allem auf existierende Ungerechtigkeiten, in Bezug auf die Verursachung von und Betroffenheit durch Umweltkrisen, Mitigation- und Adaptationsfähigkeiten, und die Entwicklung von Umweltschutzmaßnahmen identifiziert. Hierbei standen vor allem -ismen im Vordergrund, d. h. existierende Benachteiligungen bspw. ethischer Minderheiten. Zudem wurden Ungerechtigkeiten im Umweltschutz basierend auf der „Me First“ Mentalität diskutiert, die aus aktuellen Wirtschafts- und Wachstumsnarrativen erwachsen und den Ruf nach einem Systemwandel unterstützen.

In der Visionsphase fantasierten die Teilnehmer*innen eine utopische Welt der „perfekten“ Umweltgerechtigkeit – losgelöst von existierenden Beschränkungen und Gesetzen. In dieser utopischen Welt würden bspw. die „True Costs“ von Umweltschäden identifiziert und implementiert werden, es gäbe ein einklagbares Recht auf eine gesunde Umwelt. Zentral wären zudem mehr Pluralismus und Diversität und eine stärkere Inklusion der Betroffenen.

In der Realisationsphase wurden die Fantasien auf ihre tatsächliche Machbarkeit überprüft und konkret umsetzbare Strategien diskutiert. Ein Fokus lag hierbei auf der juristischen Durchsetzung von Umweltgerechtigkeit, z. B. durch Klimaklagen, einer EU-Taxonomie, einem Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt etc. In die Identifikation und Implementation von True Costs müssten deutlich mehr Ressourcen gesteckt werden (es gibt schon Bereiche, in denen True Costs zwar berechnet, aber nicht tatsächlich implementiert werden). Zudem sollte ein Ziel sein, rassistische und andere diskriminierende Strukturen aufzubrechen und diversere Gruppen, allen voran die Betroffenen, stärker in Entscheidungsprozesse einzubeziehen (bspw. durch Bürger*innenräte). Neben Ansätzen im existierenden System müssten Anstrengungen zu einer Transformation des aktuellen Wirtschaftssystems gemacht werden, um eine „fair future“ zu ermöglichen.



Klima – Ringen um eine nachhaltige Klimapolitik

Zusammenfassung der Ergebnisse: Felicitas Beier

Während der Diskussion des Thementisches, geleitet durch DBU-Stipendiatin Felicitas Beier, wurden Maßnahmen diskutiert, die zur Reduktion der Treibhausgasemissionen der einzelnen Sektoren in Deutschland führen können. Es gelte, das Ziel von Netto-Null-Emissionen zu erreichen und gleichzeitig soziale und gesellschaftliche Auswirkungen und Rahmenbedingungen mitzubedenken.

Retrospektive

Wie aus dem letzten IPCC Bericht hervorgeht, sind die Treibhausgasemissionen im letzten Jahrzehnt in allen Sektoren weiter angestiegen (IPCC AR6 WG III). Es waren zwar Effizienzgewinne, insbesondere im Industriesektor, zu beobachten, aber gleichzeitig ist die wirtschaftliche Aktivität in der Industrie, Stromversorgung, Transport und Landwirtschaft weiter angestiegen und damit auch die Treibhausgasemissionen. Der Beitrag der einzelnen Sektoren zu den globalen Treibhausgasemissionen setzt sich wie folgt zusammen:

- 20 GtCO₂eq, also 34 % der globalen Treibhausgasemissionen, sind im Jahr 2019 auf den Stromsektor, also die Energieerzeugung, zurückzuführen,
- 14 GtCO₂eq, also 24 % auf die Industrie,
- 13 GtCO₂eq, also 22 % auf den Bereich der Land- und Forstwirtschaft, bzw. AFOLU (Agriculture, Forestry and Other Land Use),
- 8.7 GtCO₂eq, also 15 % entfallen auf den Verkehrssektor,
- und 6 % (3.3 GtCO₂eq) auf Gebäude.

Wenn wir das 1.5° Ziel erreichen möchten, haben wir noch ein Budget von etwa 290 GtCO₂eq. In Deutschland haben wir Emissionen von etwa 717 MtCO₂eq pro Jahr. Die Treibhausgasemissionen, die mit den derzeitigen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion der Länder (NDCs) einhergehen, führen sehr wahrscheinlich zu einer Überschreitung des 1.5° C Ziels im Laufe des 21. Jahrhunderts (IPCC AR6 WG III).

Laut dem IPCC sind 20 % der globalen Treibhausgasemissionen durch CO₂-Preise abgedeckt und in 56 Ländern gibt es eine Klimagesetzgebung, die 53 % der globalen Emissionen abdeckt. Die Daten im IPCC-Bericht zeigen, dass die bisherige Klimapolitik und die Höhe der Preise nicht ausreicht, um eine ausreichende Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Selbst mit der Einhaltung der Länder-Verpflichtungen (NDCs) wäre nach 2030 eine extreme Beschleunigung der Mitigations-Bemühungen notwendig. Aus der Diskussion der Fragen „Was hat sich getan? Was nicht? Und warum?“ hat sich ergeben, dass in Deutschland in vielen Bereichen bürokratische Hürden existieren, die eine effektive Klimapolitik behindern.

Teilweise bestehen falsche Anreize wie die Subventionierung fossiler Energieträger (Kerosin-Steuerregelung, Dienstwagen-Privileg, Pendler-Pauschale, ...), die eine Umstellung auf erneuerbare Energien weniger attraktiv machen. Gleichzeitig sei die Inanspruchnahme zur Förderung von Erneuerbaren Energien kompliziert.

Im Bereich der Landwirtschaft liege der Fokus im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU auf Direktzahlungen, die nicht an Umweltauflagen gekoppelt sind (Säule I). Die zweite Säule (Umwelt- und Sozialzahlungen), die Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz und Tierwohl fördern soll, sei mit deutlich weniger finanziellen Ressourcen ausgestattet.

Treibhausgasemissionen im Industrie- und Stromversorgungssektor sind über den EU-Emissionshandel abgedeckt und mittlerweile sind auch die Sektoren Verkehr und Gebäude mit einem CO₂-Preis belegt. Dieser sei jedoch deutlich zu niedrig angesetzt, um einen ausreichenden Anreiz zur Emissionsreduktion zu erreichen und die Landwirtschaft sei hinsichtlich des CO₂-Preises nicht berücksichtigt.

Zukunft

Vor dem Hintergrund hoher bürokratischer Hürden und falscher Anreize der Vergangenheit, kamen die Teilnehmer*innen zu dem Schluss, dass Klimaschutz stets der „einfachste und billigste Weg“ sein müsste, um die Dekarbonisierung nachhaltig voranzutreiben. Dies könnte durch eine Lenkungssteuer (Pigou-Steuer) in angemessener Höhe erreicht werden, sodass klimaschädliches Verhalten teurer und weniger lohnend ist. Gleichzeitig sollte die Förderung erneuerbarer Energien einfach zugänglich sein (Deregulierung) und die Bürger*innen entsprechend beteiligt werden (Dezentralisierung). Hierbei wären beispielsweise Energiegenossenschaftsmodelle denkbar.

Auch im Bereich der Landwirtschaft sollte klimaschädliches Verhalten entlang der gesamten Produktionskette eingepreist werden, sodass eine Ernährungstransformation hin zu einer gesünderen und klimafreundlicheren Ernährung die beste Wahl darstellt. Gemäß dem Verursacherprinzip sei es hier aus Sicht der Diskutant*innen sinnvoll, „an der Quelle anzusetzen“. Anstelle Stickstoffbelastungen unter hohem Energieaufwand wieder aus den Gewässern herauszufiltern, sollte der Stickstoff-Eintrag in die Umwelt reduziert werden. Dies könne beispielsweise durch eine „Stickstoffüberschussabgabe“ aufseiten der Landwirte erreicht werden. Eine solche Abgabe mache Tierhaltung teurer und unattraktiver und hätte eine direkte positive Wirkung auf die Umwelt (Wasser, Luft, Ozon, Ökosysteme, menschliche Gesundheit) vor Ort und Synergien mit der Klimapolitik (Rückgang der Tierhaltung, Reduktion von Treibhausgas N₂O). Auf Produktionsseite schaffe dies einen Anreiz zu effizienterem Dünger- und Gülleeinsatz und auf der Konsumentenseite zu höheren Preisen für tierische Produkte, was eine Ernährungstransformation begünstige. Die Zahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sollten an Umweltauflagen geknüpft sein, um die Transformation zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Landwirtschaft voranzutreiben. In diesem Kontext sollten insbesondere Konzepte wie „Agro-Forstwirtschaft“ oder „Paludikultur“ in den Fokus rücken, die eine Verbindung von Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz bieten können. Die Wiedervernässung von Mooren sei letztendlich ein weiterer wichtiger Baustein im Klimaschutz im Bereich der Landwirtschaft, dem eine hohe Priorität zukommen müsse, da das Emissionsvermeidungspotenzial hier besonders hoch ist.

Neben Anreizen sollte auch Regulierung eine wichtige Rolle spielen. Dabei betrachteten es die Teilnehmer*innen als sinnvoll, bundesweit einheitliche Vorschriften zu etablieren, die unbürokratisch umgesetzt werden können. Dies wurde unter anderem für den Gebäudebereich diskutiert (Solarpflicht; Begrünung; Fassadennutzung). Neben nachhaltigeren Rohstoffen für den Bau (z. B. Holz anstelle von Beton), wurde vor allen Dingen betont, dass die Bestandserhaltung eine wichtige Rolle spielt, da durch Renovierung deutlich weniger Emissionen entstehen als im Neubau. Ähnliches gilt für Geräte/Technik. Die Teilnehmer*innen befanden, dass eine funktionierende Kreislaufwirtschaft eine positive Klimawirkung hätte. Denkbare Konzepte wären eine Verlängerung der Garanzzeiten, ein Recht auf Reparatur oder die Produktvermietung (statt Kauf).

Eine zentrale Rolle für die soziale Akzeptanz solcher Maßnahmen spiele nach Ansicht der Teilnehmer*innen die „Lebensqualität“ (Gesundheit, Natur, Schönheit). So sollten zukünftige Bauprojekte, die auch nachhaltige Rohstoffe wie Holz statt Beton setzen, nicht nur zweckmäßig, sondern auch lebenswert sein. Maßnahmen im Bereich der Ernährungstransformation weg von tierischen Produkten sollten den Mehrwert einer gesunden und reichhaltigen pflanzenbasierten Ernährung hervorheben. Und auch die Verkehrswende solle so gestaltet werden, dass Städte lebenswerter werden (bessere Erreichbarkeit, weniger Individualverkehr → weniger Emissionen, weniger Feinstaub). Dabei können auch „Vorbilder“ (i. S. v. gelungenen Projekten z. B. im Ausland) herangezogen werden (z. B. 15-Minuten Stadt).



Ökonomie – Grenzen des Wachstums?

Zusammenfassung der Ergebnisse: Michael Sureth

Gemeinsam mit DBU-Stipendiat Michael Sureth entschieden Teilnehmer*innen dieses Thementisches: „Grenzen existieren“. Die Definition von Wachstum sowie die Relevanz der Begriffsbestimmung stieß jedoch auf Unstimmigkeit. Mit dem Blick in die Vergangenheit und der Beantwortung der Frage, dass sich nichts getan habe, erläuterte die Gruppe ihre Ergebnisse aus dem Zukunftslabor. Sowohl in der Wirtschaft (z. B. durch Kreislaufwirtschaft) als auch in der Gesellschaft (z. B. durch die Umverteilung von Wohlstand) sollten die Grenzen der Natur übertragen und implementiert werden. Es bräuchte eine Wirtschaftsordnung, die den Verbrauch begrenzt, das Gemeinwohl befördert und die Gewinnmaximierung hintenanstellt.



Von Geoengineering bis Gentechnik – Der Mensch als Architekt der Erde?

Zusammenfassung der Ergebnisse: Dr. Dana Ruddigkeit

Zusammen mit Dr. Dana Ruddigkeit diskutierten die Teilnehmer*innen des Thementisches „Von Geoengineering bis Gentechnik“ die Frage sowie die Bezeichnung des Menschen als „Architekt der Erde“.

Entgegen dem Anthropozän-Konzept ersetzten Diskutant*innen diese Formulierung schnell durch den Begriff eines „Bewohners“ oder auch „Verwalters“ der Erde. Der Mensch könne die Bedingtheit, die natürlichen Prozesse sowie Eigendynamiken der Natur nicht frei gestalten. Er müsse sie akzeptieren, respektieren und sich der Reduktion seines ökologischen Fußabdruckes widmen, anstatt sich in das Zentrum umgebender Dynamiken zu positionieren. Damit müsse der Wert der Natur nicht nur gesellschaftlich, sondern insbesondere in politischen Debatten, zunehmend implementiert werden.

Daran anschließend und unter dem Begriff der Gerechtigkeit, widmeten sich die Teilnehmer*innen der Definition nach den „Menschen“, welche ihren ökologischen Fußabdruck einschränken und somit dem Klimawandel entgegenwirken müssten. Unter Stichpunkten wie dem „Recht nach Entwicklung“, „Macht und Kapital“, „Neuen Geschäftsmodellen“ oder der Frage nach „Wem gehört die Atmosphäre?“, blieben die Diskutant*innen dem Geoengineering skeptisch gegenübergestellt.

Trotz der Frage, ob man es sich leisten könne, die Optionen des Geoengineerings (solar radiation management, carbon storage technologies) nicht zu nutzen, favorisierten die Teilnehmer*innen den „natürlichen Klimaschutz“ (unter der Bedingung diesen weiter auszubauen).



Begleitprogramm

Für ein Schmunzeln zwischendurch sorgte das Kabarett-Duo „Das Geld liegt auf der Fensterbank, Marie“ aus Hannover mit Musik und selbst geschriebenen Texten zur vermeintlichen Bio-Idylle auf dem Land und dem Kirschlorbeer.

Der Architekt und Graphic Recorder Van Bo Le-Mentzel hat die Veranstaltung den gesamten Tag begleitet und zeichnerisch aufbereitet. In vier Minuten fasste er sehenswert den Ablauf und zentrale Punkte am Ende des Tages zusammen.



Prof. Dr. Pierre L. Ibisch fand zum Abschluss gemischte Worte. Er sprach über verständlichen Frust, Empörung und Verzweiflung vieler engagierter Menschen aufgrund der fortschreitenden ökologischen Fehlentwicklungen. Dies solle jedoch nicht zu Resignation führen, sondern sich besser in noch mehr Veränderungsmotivation niederschlagen. Er zeigte auf, wie schnell Veränderungen heutzutage im Vergleich zu vorangegangenen Jahrhunderten eintreten und schloss daraus, dass die Menschheit bis 2052 in einem neuen System leben werde – denn das alte würde die nächsten dreißig Jahre nicht überleben.

Die Ergebnisse der Fachtagung wurden auf der eigens eingerichteten Webseite: fachtagung-oekologie.de dokumentiert. Neben diversen Text-Beiträgen wurden die Tonaufnahmen aufgearbeitet und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt. In einer separaten „[digitalen Ecke](#)“ und in der Borschüre wurden Hintergrundinformationen zum JAHRBUCH ÖKOLOGIE für zur Verfügung gestellt. Die Webseiten dienen fortan zur Dokumentation der Entwicklung des JAHRBUCH ÖKOLOGIE. Sie zeigt auch die Arbeitsergebnisse der Thementische, die in die Arbeit zukünftiger Publikationen einfließen.

Öffentlichkeitsarbeit

Das übergeordnete Ziel der Kommunikation war es, auf die dringenden ökologischen Fragen unserer Zeit aufmerksam zu machen. Das Jahrbuch Ökologie war das Werkzeug und sein Jubiläum am 5. September bot die entsprechende Bühne für die Debatte.

In einem ersten Schritt wurden Mitstreiter*innen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Deutschen Umweltstiftung, ehemalige Autor*innen des Jahrbuch Ökologie aber auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen zur Fachtagung eingeladen. Von Juni bis Anfang September wurden in diesem Rahmen Newsletter und Einladungen an diverse Verteiler gesendet. Ehemalige Herausgeber*innen und Autor*innen des Sammelbands bekamen die Gelegenheit, sich inhaltlich einzubringen. Dank dieses Vorstoßes konnten zum Beispiel Ernst Ulrich v. Weizsäcker und Christiane Grefe von der ZEIT für das Eröffnungspanel gewonnen werden.

Regelmäßige Newsletter mit Informationen zum Programm der Fachtagung Ökologie, zu allen Mitwirkenden und Details der Inhalte wurden alle zwei bis drei Wochen versendet. Eine eigene Seite für die Fachtagung wurde mit dem Versand der Einladungen erstellt. Da die Teilnehmerzahl begrenzt war, wurde erst vier Wochen vor der Veranstaltung auch öffentlich eingeladen, vor allem über die sozialen Medien. Noch im August war die Fachtagung Ökologie ausgebucht.

In den Monaten vor der Fachtagung wurde die Geschichte des Jahrbuch Ökologie auf verschiedenen Kanälen der Deutschen Umweltstiftung erzählt. Informationen und spannende Fakten über den Sammelband, die Fachtagung und ihre Mitwirkenden wurden in regelmäßigen Abständen auf Instagram, Twitter und Facebook veröffentlicht (über die Kanäle der Deutschen Umweltstiftung). Dem zugrunde lag ein eigens für die Fachtagung Ökologie entwickeltes Design, das sich durch die gesamte Kommunikation und die Veranstaltung selbst zog. In den Beiträgen wurden alle Personen, die das Programm auf der Bühne mitgestalteten, und ihre Verbindung zum Jahrbuch Ökologie vorgestellt.

Für den Tag der Veranstaltung sind Broschüren vorbereitet worden. Diese beinhalteten neben einem Grußwort von Alexander Bonde, Generalsekretär der DBU, und Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung auch aktuelle Statements von ehemaligen Autor*innen und Interviews mit Udo Simonis (Mitbegründer des Jahrbuch Ökologie) sowie Jörg Sommer. Über einen QR-Code in der Broschüre konnten Besucher*innen in die „Digitale Ecke“ gelangen und dort weitere Statements lesen. Die Autor*innen hatten im Zuge der Vorbereitungen die Gelegenheit bekommen, ihre Perspektive auf 30 Jahre Jahrbuch Ökologie zu schildern.

Am Tag der Veranstaltung wurde eine Pressemeldung versandt und ein Pressegespräch im Vorfeld angeboten. Die gesamte Fachtagung wurde zudem auf Instagram begleitet und moderiert. Eine Mitarbeiterin der Deutschen Umweltstiftung sprach in mehreren Story-Videos direkt in die Kamera und nahm die Follower so mit vor die Bühne, zu den

Arbeitsgruppen, an den Büchertisch. Es wurden Videos vom Auftritt des Kabarets und des Graphic Recorders beinahe in Echtzeit hochgeladen, ebenso Ausschnitte aus den Vorträgen und dem Eröffnungspanel. Ein 1,5-stündiges Insta-Live-Video bot auf Instagram die Möglichkeit, große Teile des Programms am Smartphone mitzuerleben. Diese Möglichkeit nutzten über 100 Personen, die mit Kommentaren Impulse zur Veranstaltung gaben. Es zeigte sich, dass die Verschränkung von Offline- und Online-Elementen die Veranstaltung insgesamt bereicherte.

Für alle anderen – und als Rückblick für die Teilnehmenden – wurde im Anschluss an die Fachtagung Ökologie eine Webseite mit Impressionen, Ton- und Videoaufnahmen und den Ergebnissen der einzelnen Thementische erstellt (<https://www.deutscheumweltstiftung.de/fachtagung-oekologie-1992-2022-2052/>). Der Rückblick wurde ebenso in den sozialen Medien geteilt und an alle Besucher*innen versendet. Diese hatten in diesem Zuge auch die Möglichkeit, über ein Formular ihre Eindrücke zu schildern und Feedback abzugeben.

Fazit und Ausblick

2022 existiert das JAHRBUCH ÖKOLOGIE 30 Jahre. Rund 1.000 Autor*innen aus Wissenschaft und Praxis haben in diesen drei Jahrzehnten dazu beigetragen, die Entwicklungen in der Umweltdebatte voranzubringen, zu dokumentieren und das gesellschaftliche Bewusstsein für das Thema zu schärfen.

Mit der Fachtagung im BMUV konnte die Publikation „JAHRBUCH ÖKOLIGIE“ angemessen gewürdigt werden. Ein hochkarätiges Programm überzeugte Gäste – mit Beiträgen der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann, des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Umweltstiftung Jörg Sommer, des Generalsekretärs der Deutschen Bundesstiftung Umwelt Alexander Bonde, dem Waldexperten Prof. Dr. Pierre Ibisch und vielen mehr. Angeleitet von Stipendiat*innen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt diskutierten die Gäste in Kleingruppen ökologische Entwicklungen und Herausforderungen. Zwischendurch gab das Kabarettisten-Duo „Das Geld liegt auf der Fensterbank, Marie“ einen satirischen Blick auf den Zustand der Umwelt.

Es war ein gelungener Austausch zwischen diversen umweltpolitischen Stakeholdern aus allen Gesellschaftsbereichen. Es brachte wertvolle Einblicke in den Status quo und die perspektivischen Entwicklungspotentiale von Umweltpolitik und Naturschutz in naher Zukunft.

Aus dem Kreis der Teilnehmer*innen haben uns zahlreiche positive Rückmeldungen erreicht. Die Vorträge und Diskussionen waren überaus anregend und erkenntnisreich. Es kamen viele Ideen für Themen für zukünftige JAHRBUCH ÖKOLOGIE Bände zusammen.

Ziel sollte es sein, den Austausch kontinuierlich weiter zu verfolgen. Ein ritualisierter Dialog zwischen heterogenen Akteuren im Bereich der Umwelt und Naturschutz bietet die wichtige Möglichkeit, aktuelle Entwicklungen und Tendenzen in der Umweltbewegung zu erfassen und sichtbar zu machen. Die Veranstaltung trägt dazu bei, neue ökologische Forschungs- und Arbeitsbereiche zu identifizieren und stellt einen Ort dar, um gemeinsam über ökologisches Agendasetting nachzudenken.

Die Veranstaltung erlaubt einen breiten und weiten interdisziplinären Blick auf aktuelle Entwicklungen und wirkt damit in positiver Weise dem aktuellen Trend einer zu starken Fachspezifizierung und Verengung von Themen bspw. in Beiräten, Arbeitskreisen etc. zu einer ausgewählten Fragestellung entgegen.